



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

Dieser Beitrag ist eine aktualisierte, schriftliche Fassung des Vortrags vom 20. Juni 2008, den der Autor beim Festakt der vom HWWI und anderen ordnungspolitischen Think Tanks und Forschungsinstituten, Verbänden der mittelständischen Wirtschaft und politischen Stiftungen initiierten Veranstaltung „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena hielt. Dokumentation des wissenschaftlichen Symposiums und des Festaktes sowie weiterführende Informationen finden sich im Internet unter www.soziale-marktwirtschaft.eu. Der Text ist am 18. August 2008 in „Die Welt“ erschienen.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Erhards Agenda für die Zukunft

War Ludwig Erhard ein Neoliberaler, ein Ordoliberaler oder gar kein Liberaler? Für ein ordnungspolitisches Oberseminar ist diese Frage unzweifelhaft von höchstem akademischem Interesse. Für die aktuelle wirtschaftspolitische Praxis bringt ihre Beantwortung nichts. Im Gegenteil. Die heutige Diskussion darüber, was Erhard gesagt oder geschrieben hat und was er gewollt oder nicht gemeint haben könnte, führt zu wenig ergiebigen Ablenkungsmanövern. Der Streit über die Interpretation und Deutung des erhardschen Gedankengutes bietet zu vielen Entscheidungsträgern und Meinungsmachern zu leicht einen Nebenschauplatz. Auf dieser Seitenbühne wird es prinzipiellen Gegnern der sozialen Marktwirtschaft viel zu einfach gemacht, vordergründig über Erhard zu philosophieren, hintergründig aber in Gestalt wohlklingender Worthülsen ihre eigenen ideologischen Nebelkerzen zu zünden. Nicht fehlen darf bei diesem immer wiederkehrenden politischen Sommertheater der emotionale Höhepunkt des finalen Totschlagarguments. Die publikumswirksam vorgebrachte „Neoliberalismus“-Keule erlaubt es den Gegnern einer auf Freiheit und Eigenverantwortung ruhenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, eine rationale Debatte über konkrete Sachfragen schon im Keime abzuwürgen. Die Diskussion wird so von der Vernunft- auf die Gefühlsebene verlagert. Damit gelingt es mühelos, von der eigentlichen Hauptsache abzulenken. Nämlich von der Kernfrage, was sich aus den Erfahrungen mit 60 Jahren sozialer Marktwirtschaft für die Zukunft lernen lässt. Was hat sich bewährt, was nicht, und was müsste getan werden, um Deutschland für die nächsten 60 Jahre in einem völlig veränderten geopolitischen, welt-

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld mit einem Kompass zu versehen, der die wirtschaftspolitische Richtung vorgibt und Orientierung bietet für kluge makroökonomische Entscheidungen?

Ludwig Erhard und seine Vordenker hatten vor 60 Jahren den Vorteil, praktisch auf dem intellektuellen Reißbrett ein kühnes und durchaus visionäres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell für Deutschland entwerfen zu können. Für ein nach dem Schrecken der Naziherrschaft moralisch am Nullpunkt stehendes, geteiltes Land, das nach einem verlorenen Krieg politisch am Ende war und das ökonomisch am Boden lag, konnte es nur aufwärtsgehen. Mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft und mit dem eingängigen Ziel „Wohlstand für alle“ legte Erhard die ordnungspolitische Grundlage, die Westdeutschland aus den Ruinen auferstehen ließ. Der Wettbewerb mit all seinen Unsicherheiten und Härten galt als unverzichtbares zentrales Instrument, um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen. Er war die bittere Pille auf dem Weg zum süßen Erfolg.

Anders als zu Erhards Zeiten geht es heute nicht mehr darum, einem nahezu in jeder Beziehung daniederliegenden Deutschland eine sinnstiftende, Gemeinsamkeit schaffende, mitreißende Vision für den Wiederaufbau zu geben. Aber wie bei Erhard geht es immer noch und immer wieder um die mehr als schwierige Suche nach einem von einer breiten Mehrheit der Deutschen getragenen gemeinsamen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Aber nun eben für ein wiedervereintes, ökonomisch in den letzten 60 Jahren enorm erfolgreiches Deutschland in einem vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer geeinten Europa. Aber nun eben in einer Welt, gekennzeichnet durch eine global

organisierte Wirtschaft und neue enorm starke Mitspieler in China, Indien, Russland oder Arabien. Und mit einer Gesellschaft, bei der klassische Familien und lebenslange Partnerschaften auf dem Rückzug und Singlehaushalte und Patchwork-Lebensgemeinschaften im Vormarsch sind. In einer in der Tat heterogen gewordenen und demografisch älter werdenden Gesellschaft gemeinsame Ziele, Werte und Normen zu finden ist für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands von größter Bedeutung. Da greifen wortgewaltige akademische Scheingefechte führender Entscheidungsträger und Meinungsmacher auf Nebenschauplätzen über rückwärtsgewandte Fragen bei Weitem zu kurz. Da geht es nicht darum, Erhard so oder anders zu interpretieren. Da gehört die Diskussion über Inhalte, Ziele und Wege einer weithin akzeptierten Ordnungspolitik für die nächsten 60 Jahre auf die Hauptbühne der Politik.

Wieso soll das erhardische Konzept der sozialen Marktwirtschaft nicht als Ausgangslage für das künftige Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell dienen? Denn ungeachtet der sinkenden Zustimmung und der wachsenden Zweifel gibt es in Deutschland kein anderes Konzept mit einer ähnlich hohen Akzeptanz in der Bevölkerung. Noch immer ist rund die Hälfte der Deutschen der Meinung, dass sich die soziale Marktwirtschaft bewährt habe. Das ist zwar weniger als in früheren Jahren, aber immer noch mehr als für jede Alternative. Sicher, die soziale Marktwirtschaft war und ist kein perfektes Konzept. Sie löst nicht und niemals alle Probleme. Sie ist und bleibt unvollkommen. Deswegen ist die soziale Marktwirtschaft aber nicht am Ende. Aller Unvollkommenheit zum Trotz bietet sie größere Handlungsspielräume und bessere Gestaltungsmöglichkeiten als jedes andere Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

Sie ist und bleibt bei allen Unzulänglichkeiten in ihren Ergebnissen leistungsfähiger als jede Alternative. Sie hat ihr Versprechen eingelöst und zum „Wohlstand für alle“ geführt. Dabei ist unstrittig, dass sie nicht allen denselben Wohlstand gebracht hat. Aber ebenso zweifellos ist, dass

es jeder Generation in Deutschland besser geht als ihren Vorfahren. Dass heute mehr Geld als jemals zuvor dem Staat zu sozialen Zwecken, zur Umverteilung und zur Unterstützung der Schwächeren zur Verfügung steht. Dass also gerade im Erfolg der Marktwirtschaft das eigentlich Soziale der sozialen Marktwirtschaft liegt.

Die Erfolge der sozialen Marktwirtschaft bedeuten nicht, dass alles so bleiben soll, wie es vor 60 Jahren geplant und in der Folge im Laufe der Zeit umgesetzt wurde. Denn was heute als real existierende soziale Marktwirtschaft daherkommt und die Form eines ausufernden Umverteilungsstaates angenommen hat, hat mit dem ursprünglichen Konzept nur noch wenig zu tun. Allein deswegen gibt es bereits einiges zu verändern. Vor allem aber gilt es, unabhängig davon, was vor 60 Jahren war oder hätte sein sollen, ein neues nachhaltig tragfähiges Gleichgewicht von individueller Freiheit, hoheitlichem Zwang und gesellschaftlicher Solidarität für die erste Hälfte des 21. Jahrhunderts zu finden.

Es gilt, eine Ordnung für Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen, innerhalb der sich der einzelne Mensch auf der Suche nach seinem eigenen Glück frei entfalten und bewegen kann. Dabei bleibt wie in der Vergangenheit auch in Zukunft gültig, dass die individuellen Grundrechte unveräußerlich sind, so wie es das Grundgesetz fest schreibt. Dazu gehören das durch nichts und niemanden antastbare Recht auf Menschenwürde, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und die Eigentumsfreiheit. Dazu gehört aber auch ein Verzicht auf Zwang und Gewalt - kein vollständiger Verzicht, aber doch der Anspruch, Zwang und Gewalt auf ein Minimum zu beschränken.

Ging es vor 60 Jahren um den „Wohlstand für alle“, gehört zuoberst auf eine erhardische Agenda für die Zukunft die „Chancengleichheit für alle“. Diese Forderung bedeutet aber nicht Ergebnisgleichheit. Sie meint gleiche Chancen am Start, nicht im Ziel. Sie bedingt, Ein- und Austrittshürden zu beseitigen und Märkte zu öffnen, damit Menschen immer wieder vorhandene Talente und Fähigkeiten nutzen und auf der

wirtschaftlichen Leiter Sprosse für Sprosse aufsteigen können. Offenheit und Durchlässigkeit werden deshalb so wichtig, weil in der Lebens- und Arbeitswelt von morgen die Teilhabe an den Erfolgen der sozialen Marktwirtschaft stärker als in den vergangenen Jahrzehnten von der individuellen Leistungsfähigkeit abhängen wird. Denn je rascher die Veränderungen des Umfelds als Folge der weitergehenden Globalisierung und des unvermeidlichen Strukturwandels erfolgen werden, desto offensichtlicher wird, dass nicht alle gleich schnell reagieren können. Als Folge der unterschiedlichen Reaktionsfähigkeiten wird sich in der Tat die Ungleichheit in der Gesellschaft weiter vergrößern.

Dass sich die Schere zwischen Erfolgreichen und Erfolglosen öffnet, hat nichts mit der sozialen Marktwirtschaft zu tun. Deshalb lässt sich die „Gerechtigkeitslücke“ mit der sozialpolitischen Umverteilungspolitik der Vergangenheit immer weniger schließen. Dafür sind der Standortwettbewerb zu hart und die Abwanderungskosten für leistungsfähige Steuerzahler zu gering geworden. Ein Perspektivenwechsel von der Symptomtherapie zur Vorbeugung tut deshalb not. Eine nachlaufende Sozialpolitik sollte durch eine vorausseilende Wirtschaftspolitik ersetzt werden. Das sozialpolitische Ziel muss viel grundsätzlicher sein, Menschen zu ermutigen und zu ermächtigen, ihr Schicksal selber in die eigenen Hände zu nehmen und Einkommensausfälle gar nicht erst entstehen zu lassen.

Dabei geht es vor allem, aber nicht ausschließlich, um mehr „Bildung für alle“ auf allen Stufen und in allen Altersgruppen. Bessere Bildung ermöglicht nicht nur den beruflichen, sondern auch den gesellschaftlichen Aufstieg. Sie erleichtert eine flexible Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen. Sie macht möglich, Veränderungen nicht als Bedrohung von Besitzständen, sondern als Chance für Teilhabe und Aufstieg zu sehen. Mit mehr staatlich geförderter Selbsthilfe lässt sich die gesellschaftliche Spaltung zielführender und nachhaltiger korrigieren als durch mehr staatliche Umverteilung.